

Bern, 12. Juni 2018

**Über 8000 Betriebe halten sich nicht an Lohnbestimmungen**

**Die Flankierenden Massnahmen (FlaM) sind ein wirksames Instrument gegen Unterbietungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das zeigt der heute vom Seco präsentierte FlaM-Bericht. Er zeigt aber auch, dass solche Unterbietungen an der Tagesordnung sind. Für Travail.Suisse, den unabhängigen Dachverband der Arbeitnehmenden ist klar, dass die FlaM auf keinen Fall im Poker um ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU geschwächt werden dürfen.**

Der jährliche Bericht des Seco zu den flankierenden Massnahmen (FlaM) zeigt, dass 2017 über 44‘000 Kontrollen der Löhne und Arbeitsbedingungen durchgeführt wurden, wobei bei über 8000 Betrieben Verstösse gegen die Lohnbestimmungen vorlagen. „Lohnunterbietungen gehören in der Schweiz zur Tagesordnung“, sagt Gabriel Fischer, Leiter Wirtschaftspolitik bei Travail.Suisse. Und: „Nur dank den FlaM können diese Fälle überhaupt aufgedeckt werden.“ Gut geschützt sind Angestellte in Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen (AVE GAV) – sie profitieren von verbindlichen Mindestlöhne. Rund die Hälfte der Arbeitnehmenden sind aber nicht durch einen GAV abgesichert, weshalb bei Kontrollen auf teils willkürliche oder gar nutzlos tiefe orts- und branchenübliche Löhne abgestützt werden muss. Können dennoch Lohnunterbietungen nachgewiesen werden, so kommt es zu Verständigungsverfahren mit dem Ziel der Lohnnachzahlungen. Mit Entsendebetrieben können solche Verständigungsverfahren zu 82 Prozent erfolgreich abgeschlossen werden. Bei Schweizer Unternehmen gelingt dies nur in 51 Prozent der Fälle – es sind also vor allem die Schweizer Arbeitgeber, die die Wirksamkeit der FlaM unterlaufen.

**Mehr Schutz und bessere Chancen für die Arbeitnehmenden**

Der FlaM-Bericht zeigt, dass dem Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen auch zukünftig grösste Beachtung geschenkt werden muss. Keinesfalls dürfen die FlaM im Poker um ein institutionelles Rahmenabkommen geschwächt werden – Travail.Suisse fordert vom Bundesrat, dass er sein Versprechen, dass die FlaM in den Verhandlungen den roten Linien darstellen, einhält. Und es braucht zwingend Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlicherklärung von GAV und ein verlässliches Register der korrekt arbeitenden Betriebe, um die Effektivität der FlaM zu erhöhen. „Wir sind überzeugt, dass es nur mit stärkerem Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen, einer besseren Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt, einer vereinfachten Arbeitsmarktpartizipation der Frauen und sicheren Arbeitsplätzen für die älteren Arbeitnehmern gelingen wird, die Bevölkerung nachhaltig vom bilateralen Weg mit der EU zu überzeugen“, sagt Fischer.

Für weitere Informationen:

Gabriel Fischer, Leiter Wirtschaftspolitik, 076 412 30 53